

daß statt 2000 Thaler für den sechsten Geheimen Regierungsrath nur 1800 Thaler bewilligt werden. Im Uebrigen bedarf es aber eines Antrags nicht, weil man durch seine Stimmabgabe darthun kann, ob man die Bewilligung für nothwendig halte oder nicht. Ich bitte den Herrn Präsidenten, diese Anträge zur Unterstützung zu bringen.

Präsident Braun: Der Abgeordnete D. Schaffrath beantragt, daß unter a. Seite 136, wo die Deputation eine etatmäßige Erhöhung vorgeschlagen hat, bloß eine transitorische angenommen werde, und daß daher das Wort: „etatmäßig“ in das Wort: „transitorisch“ abgeändert werde. Ich frage die Kammer: ob sie den Antrag unterstütze? — Es erheben sich 28 Mitglieder.

Präsident Braun: Es ist das Amendement im Laufe der Debatte gestellt, und daher nehme ich an, daß es der Hälfte der Anwesenden bedurft hätte, wenn das Amendement unterstützt sein sollte. Gegenwärtig haben sich nur 28 erhoben, 70 sind anwesend, mithin ist das Amendement als nicht unterstützt anzusehen. Ein zweites Amendement geht dahin, daß die betreffenden Worte der Deputation sub b. dahin abgeändert werden, daß statt: „2000 Thlr.“ gesetzt werde: „1800 Thlr.“ Ich frage die Kammer: ob sie diesen Antrag unterstütze? — Wird ebenfalls nicht hinreichend unterstützt.

Abg. Sachse: Der Deputation hätte der Vorwurf gemacht werden können, als ob sie zu leicht Bewilligung vorgeschlagen habe, wenn davon die Rede gewesen wäre, den Etat zu erhöhen. Der Etat der Geheimen Regierungsräthe ist aber schon lange, vom ersten constitutionellen Landtage an, der von 2000 Thlr. Wenn also die Deputation vorschlug, den Gehalt von 1800 Thlr. auf 2000 Thlr. dem Postulat unter a. gemäß zu erhöhen, so ist das nur eine Folgerung davon, daß jeder Geheimer Regierungsrath 2000 Thlr. nach dem Etat zu erhalten hat. Daraus aber, daß bei b. 2000 Thlr. etatmäßig angelegt sind, folgt nicht, daß der anzustellende Rath sofort 2000 Thlr. empfängt. Gesezt, es wäre einer für 1800 Thlr. jährlich zu gewinnen, so werden 200 Thlr. dabei erspart, und der Nachweis darüber ist dann Sache des künftigen Rechenschaftsberichts. Unter gleichen Verhältnissen hat der mit der Stelle unter a. bekleidete Rath auch nur 1800 Thlr. erhalten, und nach seinen Leistungen ist es billig, daß er nun in den Etat einrücke. Ich bemerke dies, obschon das Amendement des Abgeordneten D. Schaffrath nicht angenommen worden ist, da sich der Eine oder Andere doch bewogen finden könnte, gegen das Postulat zu stimmen, weil er nicht angemessen achten könnte, einen solchen Posten etatmäßig auszustatten. Was von der Nothwendigkeit der Vermehrung der Arbeitskräfte von den Mitgliedern der Deputation vorgebracht worden ist, theile ich ganz. Ich mache nur auf die Menge und die Vielseitigkeit der Gegenstände, die in diesem Ministerium das Jahr hindurch zu verhandeln sind, aufmerksam, um die Ueberzeugung zu gewinnen, wie nothwendig eine Verstärkung der Arbeitskräfte sei. Das Ministerium und dessen Räte haben nicht bloß bei den Eisenbahnbauen, den Communicationsstraßen, besonders für erstere ausnehmend viel zu thun, sie sind auch bei dem Landbau und den sämtlichen Gewerben vielfach mit Arbeit betheilig, die Gewerb- und Bauschu-

len stehen unter ihrer Beaufsichtigung, das weit schichtige Polizeiwesen nimmt einen großen Theil der Zeit der Räte weg, eben so die Administrativjustizsachen, die auch in die Polizei einschlagen, und die ebenfalls zeitraubende Gegenstände, und zwar um so mehr sind, weil das Ministerium des Innern in letzter Instanz zu entscheiden und Alles auf das genaueste zu erwägen hat und dann keine Abhülfe weiter möglich ist. Ueber die Nothwendigkeit der Anstellung eines Baurathes ist sich mehrfältig schon geäußert worden. Ich mache nur aufmerksam, wie ein technischer Baurath um so wichtiger erscheint, wenn man bedenkt, daß bei den Eisenbahnen das Menschenleben nicht bloß Einzelner, sondern von Zehn, Hunderten, ja mehreren Hunderten gefährdet ist, und daß ein Techniker, der befugt ist, die Sicherheit zu untersuchen, da im Laufe der Zeit die Sorgfalt darauf bei aller Beaufsichtigung einschläfern könnte, durch seine oberste Beaufsichtigung sehr wohlthätig zu wirken vermag, um die Sicherheit der Passanten zu schützen. Es ist das einer von den vielen Gründen für die Anstellung dieses technischen Raths, der aber um so kräftiger hinzutritt, weil er nicht bloß die durch ihn bei der Betheiligung des Staats an mehreren Eisenbahnen und zur Zeit an der sächsisch-bairischen und sächsisch-schlesischen hauptsächlich zu gewährenden Interessen, sondern Menschenleben und die Verhinderung schwerer Unglücksfälle zum Gegenstande hat. Bedenken Sie auch, welche Zeit, Kenntnisse und Kraftanstrengung die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe von einem Landtage zum andern das Ministerium des Innern mehr oder weniger, gleich den übrigen Ministerien, in Anspruch nimmt, und die, da die Geheimen Regierungsräthe mit ihren andern Fächern stets beschäftigt sind, fast nur nebenbei gemacht werden können, und die doch eben so schwierig und wohl schwieriger sind, als unsere damit verwandten Deputationsarbeiten, von denen die Deputationsmitglieder wissen, wie zeitraubend und anstrengend sie sind, meist nicht vergleichbar mit den sonstigen Geschäften im Leben, die sie in ihren Berufsverhältnissen zu verrichten haben. Mag auch die Ungewohntheit diese Arbeiten für die Mitglieder der Deputation etwas erschweren, ganz aber ist diese Erschwerniß durch Übung nicht zu beseitigen; denn wie viel ist nur zu Vorbereitung solcher Arbeiten nachzudenken, zu lesen, nachzuschlagen und wieder zu lesen, was ist nicht Alles bei jedem einzelnen Punkte auf das genaueste zu erwägen! Also kann ich nur wünschen und halte nach alle dem, was von mir und schon früher von Andern vorgebracht worden ist, dafür, daß man dem Vorschlage der Deputation seinen Beifall gebe.

Abg. v. Thielau: Ich wollte mir erlauben, auf das, was der Herr Staatsminister über den künftigen Bedarf eines technischen Beamten bemerkt hat, Einiges zu erwidern, zugleich aber auch über das, was der Abgeordnete D. Schaffrath sagte, eine kurze Bemerkung zu machen. Es hat Letzterer gleich im Eingange seiner ersten Rede von Zuvielregieren gesprochen. Es ist nicht zu leugnen, daß er in gewisser Hinsicht Recht hatte, wenn er sagte: je mehr Arbeitskräfte, desto mehr Arbeit. Allein die Anwendung dieses Principes ist auf das Ministerium des Innern und die Ministerien überhaupt nicht anwendbar. Das Ministerium schafft sich die Arbeit nicht, sondern sie wird ihm geschaffen, sie wird ihm